

Zivilcourage gegen Naziaufmarsch am 01.12 in Berlin Treptow und Neukölln



Am 1. Dezember will die neofaschistische NPD gemeinsam mit ihren sogenannten Kameradschaften, unter der Regie ihres in der Bezirksverordnetenversammlung Treptow/Köpenick sitzenden Bundesvorsitzenden Udo Voigt und ihres Landesvorsitzenden, Lothar Bräuninger, einen großen Aufmarsch durch Berlin-Treptow und Neukölln organisieren. Sie haben begonnen dafür überregional zu mobilisieren.

Wir haben deshalb die Initiative ergriffen zu einer überparteilichen **>Antifaschistischen Initiative 1. Dezember<** um für diesen Tag zu einer Gegenkundgebung und Demonstration aufzurufen. Es ist für uns selbstverständlich, dass wir dies mit der Forderung nach dem Verbot der NPD und ihres geplanten Aufmarsches verbinden. Wir werden auch das vom Bündnis für Demokratie und Toleranz angemeldete Straßenfest unterstützen. Initiatoren des Aufrufes sind:

Brigitte Heinisch (Altenpflegerin, Trägerin des Whistleblower-Preis für Zivilcourage)

Prof. Dr. Heinrich Fink

Martin Franke, BR Daimler Marienfelde, VKL-Mitglied

Renate Raunitschka (Lehrerin, GEW-Schulgruppe in Treptow)

Klaus Freudigmann (Berliner Bündnis Montagsdemo)

Dieter Ilius (MLPD Treptow/Köpenick)

Thilo Rosenkranz (Rektor der Bouche-Grundschule)

Jan Sühlo (Berufsschüler)

Über 160.000 Menschen haben inzwischen die in diesem Jahr von der Vereinigung der Verfolgten des Nazi-regimes (VVN-BdA) organisierte bundesweite Unterschriftensammlung für ein sofortiges Verbot der NPD mit ihrer Unterschrift unterstützt. Es ist unerträglich, dass die NPD auch noch Millionen Euro Steuergelder erhält, um ne-

zender der VVN-Treptow/Köpenick), Dr. Regina Girod, Journalisten, Sozialarbeiter, Ärzte, Montagsdemonstranten, Vertreter der sozialen Bewegung Brandenburgs, der Friedensbewegung, Hans Peter Richter (Vorstand des Deutschen Friedensrat e.V.), der Liga für Menschenrechte, der MLPD, „Die Linke“, von Jugendverbänden wie dem Ber-



ofaschistische und ausländerfeindliche CDs kostenlos vor Schulen zu verteilen und die Polizei ihre Demonstrationen schützt. Wegschauen und Schweigen ist ein untaugliches Mittel dagegen.

Inzwischen haben viele Menschen diesen Aufruf begrüßt und sich als Erstunterzeichner zur Verfügung gestellt. Diese umfassen ein breites gesellschaftliches Spektrum. Mitglieder der GEW und ihres Landesvorstandes, Verdi, IG-Metall, Prof. Horst Bednarek (Vorsit-

liner Landesrat der Schülervereine (LSV), REBELL, Solid, SDS/Linke-HU, Solidarität International, des Frauenverbandes Courage usw. Wir können hier nicht alle aufzählen.

Wir freuen uns sehr darüber, dass die am 29.10. stattgefundenen Personalversammlung der Treptower und Köpenicker Lehrer und Erzieher bei ca. 250 Anwesenden, in einer Entscheidung einstimmig gefordert hat:

(Bitte umblättern)

Zivilcourage gegen ...

(Fortsetzung)

- „Die NPD muss endlich verboten werden und eine breite antifaschistische Aufklärung an den Schulen stattfinden
- Wir fordern von Innensenator Körting und dem Polizeipräsidenten das Verbot des neofaschistischen Aufmarsches durch Treptow und Neukölln!

- Die Personalversammlung unterstützt die Organisierung einer Gegenkundgebung, Demonstration und eines Straßenfestes.“

Wir würden uns freuen, wenn Sie entsprechend ihren Möglichkeiten über den Protest gegen den geplanten Aufmarsch der Nazis berichten und diesen damit unterstützen. Von den Initiatoren der Initiative wird in Kürze ein politisch und juristisch gut begründeter Antrag auf ein Verbot des Naziaufmarsches beim Innensenator Berlins und dem Polizei-

präsidenten gestellt werden. Es wird jedoch an diesem Tage in Treptow auf jeden Fall eine größere antifaschistische Demonstration geben. Wir werden Sie weiter darüber informieren.

Kontakt:

Prof. Dr. Heinrich Fink,

Tel: 030/509 97 15

Dieter Ilius,

Tel: 030/536 82 43,

E-mail: dieter.ilius@t-online.de

Weitere Informationen unter

<http://www.antifa-1-12.info>

Wie jedes Jahr

Von Klaus Buschendorf

Wie jedes Jahr stiegen auch im letzten die Managergehälter um runde 10 Prozent. Im Schnitt waren es diesmal 11 Prozent. Dabei gab es natürlich auch „Ausreißer“. Die SAP-Chefetage brachte es auf 134 Prozent. Dagegen hätte ich nichts. „Leben und leben lassen“ sollte das Moto eines jeden Menschen sein.

Was dem einen recht, ist dem anderen

billig? Ich kenne keine Gewerkschaft, die jedes Jahr 10 Prozent Lohnerhöhung forderte. Halt, dieses Jahr ist das anders. Eine tanzt aus der Reihe, die Gewerkschaft der Lokführer. So eine böse! Hat keine Solidarität mehr mit den übrigen Beschäftigten der Bahn, die mit ihrer Gewerkschaft „Transnet“ sich mit 4,5 Prozent bescheiden. Vielleicht liegt das daran, dass die Chefs der GDL nicht im Aufsichtsrat der Bahn sitzen. So erleben sie nicht die „betriebswirtschaftlichen Konsequenzen“, denen die arme Deutsche Bahn im harten Konkurrenz-

kampf der Globalisierung ausgesetzt ist. Und die schlimmen Folgen für den Aufsichtsrat der Bahn und die „deutschen Wirtschaft“ durch den Streik der Lokführer erleben sie auch nicht aus der Sicht der Bosse. Aber sie erfahren es ja durch die breite Front der Medien. Und streiken dennoch. Wie gemein!

Aber irgendwann müssen doch auch sie einsehen, dass uns „Neiddiskussionen“ in Deutschland nicht weiter bringen. Darauf hofft die „deutsche Wirtschaft“.

Diätenerhöhung

Von Jürgen Weber

Es ist bald wieder so weit. Weihnachten und Silvester stehen vor der Tür. Für einige wird es ein Freudenfest, für andere ein Almosenfest. Die Bundesregierung hat sich die Diätenbezüge erhöht. Das hat man in Rekordzeit beschlossen. Es ist doch sehr erstaunlich, wie schnell die Regierung arbeitet, wenn es um Ihre eigene Tasche geht. Da interessiert es plötzlich keinen, was für eine finanzielle Belastung auf denn Steuerzahler kommt. Anders bei den ALG II-Empfängern. Nach langer Prüfung hat Herr Müntefering festgestellt, dass die Inflation keine großen Auswirkungen auf die ALG II-Bezüge hat. Somit braucht man auch keine Aufstockung von ALG II Bezügen beschließen, um den Steuerzahler nicht weiter zu belasten.

Was für eine Logik!

Da stellen sich Fragen: Wieso brauchen die Bundestagsabgeordneten mehr

Geld, wenn die Inflation nicht so hoch ist? Wann war Herr Müntefering das letzte Mal einkaufen? Wenn ich nur auf Staatskosten lebe, wäre mir die Inflation auch egal. Die Bundesregierung kann sich einfach so die Diäten erhöhen? Das ist an Frechheit und Ignoranz kaum zu übertreffen.

Anders bei ALG II-Beziehern. Die müssen um jeden Euro kämpfen und vor Gericht klagen. In diesem „Rechtsstaat“ verblüfft mich immer wieder, wie oft die Regierung gegen das Grundgesetz verstoßen kann. Ein paar Beispiele: Die Renten in Ost und West sind unterschiedlich, obwohl es denn Artikel 3 Abs. 3 GG gibt. Gilt der nicht für Ostdeutsche? Und Artikel 1 Abs. 1 GG gilt wohl für ALG II-Bezieher nicht?

Beispiel gefällig? Die Strommenge für einen Singlehaushalt beträgt 1500 kW/h. Dafür hat der Regelsatz 240,00 Euro im Jahr vorgesehen. Lächerlich, so einen Stromanbieter gibt es nicht. Die Monatskarte für den öffentlichen Nahverkehr kostet 34,00 Euro. Im Regel-

satz sind nur 20,00 Euro vorgesehen. Ein Erwachsener soll sich von 4,39 Euro am Tag gesund ernähren. Noch schlimmer sieht es für Kinder aus. Bis 14 Jahre hat man am Tag 2,64 Euro und über 14 Jahren 3,51 Euro zur Verfügung. Durch die Erhöhung der Strompreise und der Lebensmittel kann man immer weniger vom Regelsatz kaufen. Die Krone setzt die Arbeitsagentur dem Ganzen auf. Erscheint ihr die Wohnung zu teuer, wird einfach nicht mehr die volle Miete übernommen. Sie hat Tabellen, nach denen sie sich richtet - basta! Was interessiert die Arbeitsagentur schon ein Gerichtsbeschluss des Bundessozialgerichts? Das soll nun nach dem Grundgesetz menschenwürdiges Handeln sein?

So kann die Regierung Weihnachten und Silvester in Saus und Braus verbringen. ALG II-Bezieher können ja zur Suppenküche gehen, um wenigstens zu Weihnachten eine warme Mahlzeit zu bekommen.

Frohe Weihnachten

Weitere Informationen auf unserer Homepage unter <http://www.artikel-eins.com>